

Kontinuität und Verlässlichkeit in unsicheren Zeiten – 14. Deutsch-Niederländisch-Belgisches Treffen zu europäischen Fragen am 9. und 10. Juni 2017 in St. Gerlach

Die Europäische Union sieht sich gegenwärtig zahlreichen internen wie externen Herausforderungen ausgesetzt. Diese reichen von den nun beginnenden Brexit-Verhandlungen über die anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise im Euroraum bis hin zur gestiegenen Terrorgefahr. Zudem ist das Jahr 2017 in zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten von Wahlen geprägt, in denen sich die etablierten Parteien zunehmend im Wettbewerb mit populistischen Strömungen befinden. In Zeiten des politischen Wandels und der größer werdenden Komplexität politischer Fragen ist es wichtig, gerade grenzüberschreitend auf etablierte Formate zurückzugreifen und den vertrauensvollen Austausch von Gedanken und Ideen zu pflegen.

Vor diesem Hintergrund lud das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung am 9. und 10. Juni 2017 zum diesjährigen Deutsch-Niederländisch-Belgisches Treffen zu europäischen Fragen nach St. Gerlach in die Nähe von Maastricht ein. Neben einigen Ministern konnten zahlreiche Mitglieder des Europäischen Parlamentes, der nationalen und regionalen Parlamente, Senatoren sowie Mitarbeiter von Abgeordneten und Fraktionen begrüßt werden. In insgesamt vier Arbeitssitzungen beschäftigen sich die Teilnehmer vor allem mit der aktuellen politischen Lage in den drei Ländern, mit Fragen der Sicherheit und Integration und mit der Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion. Deutschland, die Niederlande und Belgien haben im europäischen Integrationsprozess eine herausragende Rolle gespielt. Davon zeugt bereits die Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 60 Jahren, mit denen diese drei zusammen mit drei weiteren

Ländern die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und damit die Vorgängerin der heutigen EU schufen. Aktuelle politische Entwicklungen führen deutlich vor Augen, dass politische Entscheidungsträger sich nicht auf dem Status quo ausruhen dürfen. Von daher müssen auch in Zukunft von den Partnern Deutschland, Niederlande und Belgien wichtige Impulse für die europäische Idee und für das Vertrauen der Bevölkerungen in selbige ausgehen. „Gemeinsam gilt es zu bewahren, was zu bewahren ist, aber auch zu verändern, was noch an Verbesserung bedarf“, erklärte Dr. Hardy Ostry, Leiter des KAS-Europabüros, in seiner Eröffnungsrede.

Die aktuelle politische Lage in Deutschland, den Niederlanden und in Belgien

Vor allem in Anbetracht jüngster und bevorstehender Wahlen kommt der politischen Situation in den einzelnen Ländern eine besondere Bedeutung zu. **Dr. Wouter Beke**, Parteivorsitzender der Christen-Democratisch en Vlaams (CD&V) in Belgien, erklärte, dass Populisten vom rechten und linken politischen Rand auch in Zeiten hoher politischer und gesellschaftlicher Polarisierung besiegt werden könnten, wie gerade das Beispiel des erfolgreichen französischen Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron zeige. Auch in Belgien sind die traditionellen Parteien der politischen Mitte unter Druck geraten. Macron, so Beke weiter, habe es verstanden, dass sich die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen heute nicht mehr entlang einer starren Links-Rechts-Linie gruppieren ließen, sondern dass es neue und vielfältige Spaltungslinien

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
LUCAS SCHRAMM

Juni 2017

www.kas.de/bruessel

(*cleavages*) gebe, die nicht selten quer zueinander lägen. So lassen sich politische Parteien und Bewegungen beispielsweise nach ihrem pro- oder antieuropäischen Standpunkt und nach ihrer liberalen oder protektionistischen wirtschaftlichen Ausrichtung gruppieren. Zwar stellten Populisten zum Teil durchaus die richtigen Fragen, indem sie Ängste der Bürger aufgriffen. Was populistische aber von Parteien der politischen Mitte unterscheidet, sei, dass Erstere die ständige Konfrontation suchten und eine Bereitschaft zum Kompromiss vermissen ließen. Der Kompromiss aber stellt ein essentielles Prinzip der Demokratie dar. Insofern sei es Aufgabe der traditionellen, vor allem der christdemokratischen Parteien, erklärte Wouter Beke, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und Lösungen zu entwickeln. Dabei aber müssten die christdemokratischen Parteien stets ihren Prinzipien und Werten treu bleiben.

Mona Keijzer, Abgeordnete der Christen Democratisch Appèl (CDA) in der Zweiten Kammer in den Niederlanden, blickte in ihren Ausführungen auf die niederländischen Nationalwahlen im vergangenen März zurück. Nachdem es dort lange Zeit nach einem Wahlsieg des Rechtspopulisten Geert Wilders ausgehen hatte, wussten dies die Parteien der politischen Mitte letztlich zu verhindern. Die CDA selbst konnte sich durch einen engagierten, bürgernahen Wahlkampf von 13 auf 19 Abgeordnetenmandate verbessern. Allerdings warnte Mona Keijzer die traditionellen Parteien davor, sich auf ihren momentanen Wahlerfolge auszuruhen. Der Kampf gegen den Populismus sei noch nicht gewonnen, sondern werde sich vielmehr auch in kommenden Wahlkämpfen fortsetzen.

Gerade dieser letzte Punkt fand Zustimmung bei **Jens Spahn**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und Mitglied des CDU-Bundesvorstands. Die CDU habe in den vergangenen Wochen in Umfragen wieder zulegen können, da sie jene Themen in den Fokus gerückt habe, die die Menschen am stärksten bewegen: Migration, Innere Sicherheit und der Islam. Dass die CDU Probleme konkret adressiert, Lösungen vorgelegt und konkrete Fortschritte in deren Um-

setzung erzielt hat, unterscheidet sie etwa von der AfD, die in den meisten Themenfeldern über keinerlei Kompetenz verfüge und stattdessen eine Spaltung der Gesellschaft provoziere. „Die Menschen in Deutschland sehnen sich nach Verlässlichkeit, Stabilität und Kontinuität“, sagte Spahn.

In Zeiten von Terrorgefahr und Flüchtlingsbewegung – Fragen der Sicherheit und der gelingenden Integration

Die zweite Arbeitssitzung beschäftigte sich mit der Flüchtlingskrise und der Gefahr durch terroristische Anschläge. Dass diese beiden Themen im öffentlichen Diskurs oft vermischt werden, erschwert die Integration für alle Beteiligten. **Günter Krings**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, wies auf die neuartigen Formen des internationalen Terrorismus hin und sprach von einer „neuen Kategorie des Terrors“. Anders als in früheren Zeiten seien die Opfer keine politischen oder wirtschaftlichen Eliten mehr. Vielmehr sei wiederholt bewusst die breite Zivilgesellschaft ins Visier der Terroristen geraten, weshalb klassische Instrumente wie der Personenschutz längst nicht mehr ausreichend seien: „Neue Dimensionen des Terrors brauchen neue Antworten – aber immer innerhalb des Rechtsstaates.“ Staat und Sicherheitsbehörden, so Krings, müssten stärker bei potentiellen Tätern ansetzen, ihre nachrichtendienstlichen Fähigkeiten stärken und ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausbauen. In den vergangenen Monaten sind bereits einige Maßnahmen im sicherheitspolitischen Bereich ergriffen worden. Da dies aber meist die nationale Ebene betraf, müssen in den kommenden Monaten einheitliche europäische Regelungen getroffen werden, wenn zentrale europäische Errungenschaften wie das freie Reisen im Schengen-Raum eine Zukunft haben sollen. Dazu sei es nicht nur notwendig, sich auf gemeinsame Standards zu einigen – etwa bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber, einer europaweiten Liste sicherer Herkunftsländer und der Rückkehr radikalisierter junger Menschen aus Kriegsgebieten. Nach Meinung von Krings müssen ebenso europäische Regelungen in allen Mitgliedsstaaten zügig und umfassend umgesetzt werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
LUCAS SCHRAMM

Juni 2017

www.kas.de/bruessel

Auch **Koen Geens**, Minister für das Justizwesen in der belgischen Föderalregierung, wies auf das Spannungsverhältnis zwischen dem Bedürfnis und dem Recht der Bevölkerung auf einen größtmöglichen Schutz durch den Staat und ihrem gleichzeitigen Wunsch nach größtmöglicher persönlicher Freiheit hin. Die Politik sehe sich aktuell gewaltigen Herausforderungen gegenüber: In vielerlei Hinsicht könne sie der Technologie, welche sich internationale Terroristen zunutze machen, kaum folgen. Auch sei in der Vergangenheit vielfach die Frage nach der gelingenden Integration nicht ausreichend beantwortet worden: Wenn etwa in Belgien lebende türkische Staatsbürger zu zwei Dritteln der Verfassungsänderung und dem von Erdogan angestrebten Präsidialsystem zustimmten, dann habe man deren Identifikation mit dem belgischen Staat und mit westeuropäischen Werten offenbar falsch eingeschätzt, erklärte Geens. Auch zeigen die jüngsten Anschläge in Großbritannien, dass die Gefahr meist nicht von radikalisierten Rückkehrern aus Kriegsgebieten ausgeht, sondern von jungen Menschen, die im jeweiligen Land aufgewachsen und im Besitz der dortigen Staatsbürgerschaft sind.

Den Abschluss des ersten Arbeitstages bildete eine Dinner Speech von Prof. Dr. Kim Putters, Direktor des Netherlands Institute for Social Research. Unter dem Titel *Europe's Discontent* ging Prof. Putters am Beispiel der Niederlande dem Zusammenhang zwischen verschiedenen sozialen Indikatoren und dem zivilgesellschaftlichen Engagement sowie dem Vertrauen in die Politik nach. Eine nationale Bevölkerung wie die der Niederlande lässt sich nach persönlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kriterien in verschiedene Untergruppen einteilen. Die unabhängige Variable können dann etwa der Bildungsgrad, das Einkommen oder der ethnische bzw. religiöse Hintergrund darstellen. Als abhängige Variablen dienten Prof. Putters die Einstellung gegenüber offenen Grenzen, wirtschaftlichen Veränderungen und der Globalisierung. Es zeigt sich jeweils eine hohe Korrelation zwischen dem Bildungsgrad und den Chancen am Arbeitsmarkt sowie dem Bildungsgrad und der Unterstützung der Globalisierung. Angesichts tiefgreifender Veränderungen in der Arbeitswelt – vor allem im Zuge der Digitalisierung – drohen die weniger gut Gebildeten, in Zukunft noch stärker

den Anschluss zu verlieren. Diese Ängste spiegeln sich auch im geringeren Vertrauen in die Politiker seitens der weniger gut Gebildeten wider. Für die politischen Entscheidungsträger muss dies bedeuten, noch größere Anstrengungen im Bereich der Bildung zu unternehmen und die Bildungslücken bestmöglich zu schließen versuchen.

Quo vadis WWU? – Zwischen Eurozonenminister und griechischem Rettungspaket

Zum Auftakt des zweiten Tages wurden aktuelle Herausforderungen und Debatten zur Wirtschafts- und Währungsunion in den Blick genommen. **Jens Spahn** lobte die Reformen der vergangenen Jahre, die einerseits in vielen Mitgliedsstaaten zu einer wirtschaftlichen Erholung geführt, die andererseits aber auch die Eurozone als Ganze krisenfester gemacht haben. Als Beispiele nannte Jens Spahn die europäische Bankenunion, die mittlerweile über eine eigene Aufsichtsbehörde und einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken verfügt. Zugleich aber mahnte Herr Spahn weiteren Handlungsbedarf an: So verzeichnen Staaten wie Griechenland und Italien weiterhin nur ein geringes Wirtschaftswachstum, und die dortigen politischen Instabilitäten stehen oftmals Investitionen im Wege. Auch ist die Arbeit am Framework der Eurozone noch nicht abgeschlossen, wie die unvollendete Kapitalmarktunion zeigt. Mittelfristig sprach sich Spahn für eine Reform des EU-Haushalts aus, so dass Strukturfonds – etwa in der Landwirtschaft und Infrastruktur – künftig an Konditionen wie den länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission gekoppelt werden können.

Tom Vandenkendelaere, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament, warnte davor, angesichts der aktuell vergleichsweise guten wirtschaftlichen Daten für die Eurozone weitere, notwendige Reformen aufzuschieben: Eine erneute Krise vom Ausmaß der vergangenen würde die Eurozone wohl nur schwer überstehen können. Gerade angesichts unterschiedlicher Auffassungen in den Mitgliedsstaaten der Eurozone über die Krisenursachen und die zu ergreifenden Maßnahmen sei es Aufgabe der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
LUCAS SCHRAMM

Juni 2017

www.kas.de/bruessel

Parteien der politischen Mitte, Kompromisse auszuloten und Lösungen anzubieten, die dann auch von einer breiten Bevölkerungsmehrheit getragen werden. Konkret sprach sich Vandenkendelaere dafür aus, die Abhängigkeit vieler Nationalstaaten von ihren Banken zu reduzieren: Noch immer sind viele Banken im Besitz einer großen Menge von Anleihen jenes Staates, in dem sie ansässig sind. Wenn daher die Bank in finanzielle Schwierigkeiten gerät, sieht sich auch der Staat Liquiditätsproblemen ausgesetzt. Ähnlich wie Jens Spahn sprach sich auch Vandenkendelaere für eine Kopplung von Haushaltsmitteln und Konditionen aus, so-dass die Verbindlichkeit und die Umsetzung gemeinsamer Vereinbarungen und die Glaubwürdigkeit bestehender fiskalpolitischer Instrumente erhöht werden können.

Die politische Agenda 2017: Vom G20-Gipfel zu den Wahlen – Rückblicke und Vorschau

Der zweitägige Workshop schloss mit einer Sitzung zur weiteren politischen Agenda für das Jahr 2017. Ein besonderer Fokus galt dabei den vergangenen Wahlen in den Niederlanden sowie der bevorstehenden Bundestagswahl. Zunächst bekräftigte **Hans Janssens**, Leiter für Kommunikation der CDA, dass für viele Wähler die Bedeutung der politischen Einordnung in ‚Links‘ und ‚Rechts‘ abgenommen habe. Davon zeuge vor allem der aktuelle Niedergang vieler sozialdemokratischer Parteien in Europa. Zudem sei insbesondere in den Niederlanden die Wählerschaft sehr volatil geworden, so dass die Parteien nur noch in sehr begrenztem Maße über loyale Stammwähler verfügen. Dies wiederum mache es für die Parteien schwierig, in Wahlkampagnen angemessene, erfolgversprechende Botschaften zu formulieren und zu senden.

Peter Altmaier, Chef des Bundeskanzleramts, beobachtete einen aktuellen Wähler-trend weg von kleineren, zum Teil Protestparteien und wieder hin zu den größeren Parteien der politischen Mitte. Zu oft habe sich gezeigt, dass viele Populisten zwar die richtigen Fragen stellen, dass populistische Parteien aber – wenn in Regierungsverantwortung gelangt – mit der Umsetzung ihrer Versprechen scheitern. Daher sei es umso wichtiger, dass

Parteien der politischen Mitte die Sorgen und Wünsche der Menschen aufnahmen und diese in solide Regierungs-politik umwandelten. Zudem konstatierte Altmaier, für viele Menschen sei nicht mehr die Partei, sondern das politische Spitzenpersonal ausschlaggebend für ihre Wahl-entscheidung. Gerade in unsicheren, unübersichtlichen Zeiten sehnen sich die Menschen nach Verlässlichkeit und Kontinuität, weshalb sie häufig für denjenigen Politiker stimmen, dem sie vertrauen und dem sie am ehesten zutrauen, wichtige Probleme zu lösen.

Fazit und Ausblick

Gemeinsam wurden während des zweitägigen Workshops wichtige europäische und speziell grenzüberschreitende Fragen erörtert und diskutiert. Es scheint heute dringender denn je geboten, die gegenwärtigen Herausforderungen in einem breiten, multi-lateralen Kontext zu betrachten. Nur so sind gemeinsames Lernen und die Erarbeitung gemeinsamer Lösungen möglich. Trotz oder gerade wegen des vielfachen politischen Chaos – etwa angesichts des Brexits oder der Entscheidung des US-Präsidenten, aus dem Pariser Klimaabkommen auszutreten – eröffnet sich für EU und besonders für ihre drei Gründerstaaten Deutschland, Niederlande und Belgien die Möglichkeit, dem europäischen Integrationsprozess neue Impulse zu verleihen. Vor diesem Hintergrund hat auch die Europäische Kommission in den vergangenen Wochen Initiativen ergriffen und einige Vorschläge unterbreitet, vor allem zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion und zum Ausbau der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungs-politik. In den kommenden Monaten wird es Aufgabe der politischen Entscheidungsträger sein, diese Vorschläge auszuarbeiten und ihnen zur Umsetzung zu verhelfen.